

# Nach Lungauer Windkraft-Absage: Nun steht das Glemmtal im Fokus

**TAMSWEG.** Mit einer klaren Mehrheit von 16 zu drei bei den Bürgermeister-Stimmen bzw. von 124 zu 39 bei den Gemeindevertretern stimmte die Lungauer Politik am Samstag gegen den Bau von Windrädern im Bezirk. Es wurde aber auch ein Moratorium verabschiedet: Es sieht eine zehnjährige Vorbereitungs- und Evaluierungsphase vor, befürwortet Windkraft aber.

Die Abstimmung lässt sich auch als Niederlage für die Landesregierung interpretieren: Deren Energie-Masterplan 2020 sieht vor, dass bis dahin ein Viertel des Energiemix aus Wind und Geothermie stammt. Beide Energieformen existieren aber bisher nicht. LH-Stv. Heinrich Schellhorn (Grüne) wertet die Abstimmung dennoch als „positiv“: „Wer den Beschluss genau liest, sieht: Die Tür für Windkraft ist offen. Im Rahmen des neuen Energie-Masterplans für 2030 werden wir alle Bezirke miteinbeziehen.“ Und man werde geografisch konkretisieren, wo Windräder möglich seien. „Ich verstehe das Moratorium nicht so, dass man die nächsten zehn Jahre kein Windrad im Lungau bauen kann.“ Er freut sich, dass das

Land eines seiner beiden Energieziele – den Anteil von 50 Prozent erneuerbaren Energien am Gesamt-Energiemix – erreichen werde. „Auch ohne die bis 2020 geplanten 20 Windräder.“ Er räumt aber ein, dass das zweite Ziel – 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 2005 – „höchstwahrscheinlich nicht erreicht wird“. Tatsächlich wurden, Stand Sommer 2016 statt der geplanten 234.000 Tonnen CO<sub>2</sub> erst 67.500 Tonnen oder 29 Prozent eingespart. Schellhorn: „Bei der Windkraft muss

fordern vom Land einen Plan, welcher Bezirk wie viel erneuerbare Energie in welcher Form – Wind, Photovoltaik oder Wasserkraft – leisten kann. Wenn das nicht funktioniert sollte, muss



**„Vielleicht kann eine Gemeinde als Mitbetreiber fungieren.“**

**Manfred Sampl**, Bgm. St. Michael



**„Bei Windkraft muss Salzburg AG mehr einbringen.“**

**H. Schellhorn**, LH-Stellvertreter

auch die Salzburg AG mehr einbringen. Sie machen derzeit Windmessungen ganz hinten im Glemmtal. Da gibt es ein Skigebiet; damit würde das Landschaftsschutz-Argument wegfallen.“

Dieses Argument ist auch das erste, dass der Obmann des Lungauer Regionalverbands, Bgm. Manfred Sampl (ÖVP), als Ursache für das Votum nennt – neben touristischen Bedenken: „Wir

das Land die Möglichkeit haben, Sanktionen zu setzen.“ Es sei durchaus im Interesse der Lungauer Gemeinden, künftig so ein Projekt mit den Bürgern zu entwickeln: „Da braucht es Beteiligungsmöglichkeit – auch finanziell. Vielleicht kann eine Gemeinde als Mitbetreiber fungieren. Dann würde man die Windräder anders gestalten: Man wird andere Höhen und landschaftsvertäglichere Standorte wählen – und sie nicht nur so machen, dass sie den größten Gewinn abwerfen.“ Denn es sei ein Unterschied, ob ein Privater, der davon leben müsse, oder die öffentliche Hand ein Projekt vorantreibe: „Die Gemeinde hat die touristischen Grundlagen im Blick und denkt die Versorgungssicherheit bei einem Blackout mit.“ **stv**